P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 07. Juni 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Anwesenheit

Herr Braun

Frau Bruns

Herr Dr. Fassbinder

Frau Görs

Herr Dr. Kerath

Herr Kolbe

Herr Liskow, F.-R.

Herr Prof. Dr. Matschke

Herr Dr. Kühne

i.V. für Herrn Mundt

Frau Socher

Herr Voß

Entschuldigt:

Frau Dr. Schwenke

Verwaltung:

Herr Kremer

Herr Hochheim

Frau Teetz

Frau Dr. Rothe

Herr Wille

Herr Feldt

Frau Hoffmann

Herr Wixforth

Herr Kasch

Gäste:

Herr Winkler, BauBeCon

OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 4.1. Änderung der Genehmigung der Kreditaufnahme nach § 72 KV M-V für das Wirtschaftsjahr 2010 - Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH
Dez. I, Beteiligungsmanagement 05/277
 - 4.2. Hafengebührensatzung 2010/2011/2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Häfen der Stadt
Dez. II, Amt 66 05/266
 - 4.3. Entgeltordnung für das Jugendfreizeit- und Begegnungszentrum „TAKT“
Dez. III, Amt 51 05/259
 - 4.4. Entgeltordnung für das Schülerfreizeitzentrum
Dez. III, Amt 51 05/260
 - 4.5. 1. Änderung der Satzung des Kultur- und Sozialpasses § 3 Leistungen
Dez. III, Amt 51 05/268
 - 4.6. 3./4. BA BioTechnikum, Übertragungsvereinbarung zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für eine Vorrichtung zur Hochleistungsanalytik – NMR-Massenspektrometer
Dez. I, Amt 20 05/258
 - 4.7. Prüfung zur Errichtung von SOS-Zahnboxen
CDU-Fraktion 05/267
 - 4.8. Parkmöglichkeiten für 1,00 € am Tag in der näheren Umgebung der BDH-Klinik
CDU-Fraktion 05/271
 - 4.9. Umgang mit Mitteln zur Städtebauförderung
Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, SPD 05/279

4.10.	Vorlage von Verträgen und Gutachten
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i>	05/281
4.11.	2. Änderungssatzung zur Benutzungs- und
Gebührensatzung der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald für die Durchführung
von Märkten und Veranstaltungen auf
kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (B.-Nr.
B463-31/08)
<i>Dez. III, Amt 32</i>	05/200
4.12.	Kreditaufnahme in Höhe von 3.883.100 EUR
für den Vermögenshaushalt 2010
<i>Dez. I, Amt 20</i>	05/283
5.	Information der Verwaltung	
5.1.	Prüfung des Bundesrechnungshofes zum
Konjunkturpaket II	
5.2.	Umsetzung der Maßnahmen des HSK	
5.3.	Entwicklungen des Verwaltungshaushaltes	
5.4.	Entwicklungen des Vermögenshaushaltes	
6.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der
Ausschussmitglieder	
7.	Informationen des Ausschussvorsitzenden	
8.	Bestätigung des Protokolls vom 26.04.2010	
9.	Schluss der Sitzung	

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Prof. Dr. Matschke eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Es werden zwei Tischvorlagen ausgereicht, die in der Tagesordnung schon berücksichtigt und vorab per E-Mail verschickt wurden:

TOP 4.11. „2. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008“

TOP 4.12. „Kreditaufnahme in Höhe von 3.883.100 EUR für den Vermögenshaushalt 2010“

Zusätzlich zur Tagesordnung werden drei Tischvorlagen ausgeteilt, die folgendermaßen eingeordnet werden:

TOP 4.13. „Konzernstruktur der städtischen Beteiligungsgesellschaften“

TOP 4.14. „Fortführung Klimaschutzbündnis“

TOP 4.15. „Umsetzung B 590-42/09 vom 25.05.2009 zur Weiterentwicklung des Seehafens Ladebow“

In diesem Zusammenhang erklärt Herr Prof. Dr. Matschke, dass zukünftig das Einreichen von zusätzlichen Tischvorlagen nur noch in Ausnahmefällen zugelassen wird.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 4.1. Änderung der Genehmigung der Kreditaufnahme nach § 72 KV M-V für das Wirtschaftsjahr 2010 - Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH

Die zum Plan eingetretene Änderung wurde von Frau Teetz erläutert. Die Bürgerschaft ist für die Genehmigung der Kreditaufnahme zuständig. Der Wirtschaftsplan wird im Aufsichtsrat der WVG in geänderter Form beraten.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 4.2. *Hafengebührensatzung 2010/2011/2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Häfen der Stadt*

In den Ausführungen ist die Vorlage, bezogen auf die einzelnen Bereiche, ausreichend erläutert.

In der Diskussion wird bemängelt, dass für die geplanten Liegegebühren der Greif die gleichen Kriterien wie beim Museumshafen angesetzt werden müssten. Des Weiteren wird die Höhe der Liegegebühren allgemein als für zu niedrig empfunden, sie müssten im Vergleich zu anderen Häfen deutlich angehoben werden. Nicht nachvollziehbar ist die geänderte Berechnungsgrundlage, warum man pro Meter Uferlänge ansetzt und nicht mehr nach Bootslänge bzw. Quadratmeter geht (unüblicher Maßstab). Außerdem wird vorgeschlagen, dass das Kinder- und Jugendsegeln kostenfrei sein soll.

Herr Wixforth bezieht zu den aufgeworfenen Fragen Stellung. Er hält den Maßstab weiterhin für praktikabel und auch für gerecht, insbesondere deswegen, weil der Stadt die Wasserfläche nicht gehört. Bis zum Hauptausschuss wird eine Überarbeitung nicht möglich sein.

Frau Socher stellt den Antrag, die Greif in den § 7 „Allgemeine Gebührenbefreiung“ unter Punkt 9 einzuordnen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen

Weiterhin wird der Antrag gestellt, das Kinder- und Jugendsegeln in den § 7 „Allgemeine Gebührenbefreiung“ unter Punkt 10 einzuordnen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
1 Stimmenthaltung

Herr Kolbe schlägt vor, die Satzung zurückzustellen und zu überarbeiten.

Herr Prof. Dr. Matschke lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

Die Vorlage wird von Herrn Hochheim zur Bearbeitung der gewünschten Vorgaben zurückgezogen.

Zu TOP: 4.3. Entgeltordnung für das Jugendfreizeit- und Begegnungszentrum „TAKT“

Die Vorlage wird von Herrn Kasch eingebracht und erläutert. Für die Einnahmen des „TAKT“ soll mit der Entgeltordnung der rechtmäßige Zustand hergestellt werden. Die Kostenkalkulation auf der Basis einer Vollkostenrechnung wurde auf der Grundlage der Jahresrechnung 2009 und unter Berücksichtigung von ermittelbaren Werten vorgenommen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme

Zu TOP: 4.4. Entgeltordnung für das Schülerfreizeitzentrum

Die Vorlage wird von Herrn Kasch eingebracht und erläutert. Für die Einnahmen des Schülerfreizeitentrums soll mit der Entgeltordnung der rechtmäßige Zustand hergestellt werden. Auch hier ist die Kostenkalkulation auf der Basis einer Vollkostenrechnung auf der Grundlage der Jahresrechnung 2009 und unter Berücksichtigung von ermittelbaren Werten erstellt worden.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme

Zu TOP: 4.5. 1. Änderung der Satzung des Kultur- und Sozialpasses § 3 Leistungen

Der Verkehrsbetrieb hat sein Tarifsystem umgestellt. Die 8-Fahrten-Karte sowie die Doppelkarte ermäßigt gehören nicht mehr zum Sortiment. Monatskarten erfahren eine Preisanpassung. Neu eingeführt wird das 6er-Ticket. Der Zuschuss der 8-Fahrten-Karte wird auf das 6er-Ticket übertragen, der Zuschuss für die Monatskarte bleibt in gleicher Höhe erhalten. Haushaltsrechtlich wird es keine Auswirkungen geben.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 4.6. 3./4. BA BioTechnikum, Übertragungsvereinbarung zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für eine Vorrichtung zur Hochleistungsanalytik – NMR-Massenspektrometer

Mit einer Übertragungsvereinbarung soll der BioTechnikum Greifswald GmbH das für das Strukturanalytische Zentrum angeschaffte NMR-Massenspektrometer als Eigentum übertragen werden.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 4.7. Prüfung zur Errichtung von SOS-Zahnboxen

Herr Liskow bringt die Vorlage ein. Durch Vorhaltung von SOS-Zahnboxen an Schulen und Kitas sollen bei Unfällen Zähne sicher gelagert werden, um so die Chancen einer Replantation zu erhöhen (keine gesetzliche Pflicht). Es wird gebeten, zu prüfen, wie viele SOS-Zahnboxen benötigt werden und mit welchen Kosten zu rechnen ist.

Die Verwaltung unterstützt die Vorlage.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 4.8. Parkmöglichkeiten für 1,00 € am Tag in der näheren Umgebung der BDH-Klinik

Mit dieser Vorlage soll eine Änderung der Parkordnung mit dem Ziel der Schaffung von Parkmöglichkeiten für 1,00 €/Tag für die BDH-Mitarbeiter am Karl-Liebknecht-Ring herbeigeführt werden, so Herr Liskow.

Der Gerechtigkeit wegen sollte überlegt werden, die Parkgebühren am Karl-Liebknecht-Ring denen in Innenstadtnähe (z. B. Am Theater, Museumshafen/Nord) anzupassen.

In der Diskussion kommt zum Ausdruck, dass für eine bestimmte Parkfläche keine Sonderregelungen geschaffen werden sollen. Für den gesamten Stadtteil muss eine generelle Lösung gefunden werden.

Herr Wille verweist darauf, dass die Parkflächen an diesem Standort durch die Stadt selbst bewirtschaftet werden und demzufolge die Gebühreneinnahmen zu 100 % bei der Stadt verbleiben.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen

Zu TOP: 4.9. Umgang mit Mitteln zur Städtebauförderung

Die Vorlage wird von Frau Bruns eingebracht. Die Beschlussvorlage resultiert aus den Erkenntnissen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung, wo größere Summen für die Städtebauförderung eingestellt werden, ohne dass die Organe der Bürgerschaft im ausreichenden Maße informiert bzw. in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Es wird ein zweistufiges Verfahren vorgeschlagen: zuerst wird eine grobe Prioritätenliste vorgeschlagen, und erst wenn klar ist, welche Gelder zur Verfügung

stehen, wird über die konkrete Prioritätenliste entschieden. Im laufenden Jahr soll über frei werdende Gelder informiert bzw. die Möglichkeit einer Umschichtung gegeben werden.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP:
4.10.

Vorlage von Verträgen und Gutachten

Mit dieser Vorlage soll erreicht werden, dass alle Verträge, die die Universitäts- und Hansestadt Greifswald abschließt, vor Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister dem beschließenden Gremium der Bürgerschaft zur Genehmigung vorgelegt werden. Des Weiteren sollen die Fraktionen und Gruppen der Bürgerschaft zusammen mit einer Beschlussvorlage je ein Exemplar aller Gutachten, die dieser Beschlussvorlage zugrunde liegen, erhalten. Mit dieser Verfahrensweise soll allen Bürgerschaftsmitgliedern ohne bürokratischen Aufwand die Möglichkeit gegeben werden, in die Gutachten Einblick zu nehmen. Der derzeitige Weg der Akteneinsicht ist zu aufwendig und umständlich.

In der Diskussion kommt zum Ausdruck, dass es mit dieser Verfahrensweise Probleme geben könnte, da dadurch laufende Geschäfte der Verwaltung verzögert werden. Von Herrn Kremer wird eingeschätzt, dass bei der Menge der Verträge diese Verfahrensweise völlig unpraktikabel und vom Aufwand her nicht zu händeln ist. Frau Socher schlägt vor, dass Beschlusscontrolling zu verstärken.

Nach Meinungsaustausch zieht Herr Dr. Fassbinder die Vorlage in diesem Gremium zurück.

Zu TOP:
4.11.

2. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (B.-Nr. B463-31/08)

Herr Wille bringt die Beschlussvorlage mit entsprechenden Erläuterungen ein. Ziel dieser Änderungssatzung ist die Schließung der Deckungslücke, die jedes Jahr entstanden ist.

Es wird noch eine Änderung bei den Tagesgebühren angegeben: Auf Seite 5 muss es unter G1.1 richtig heißen 402,19 EUR (statt 401,00 EUR) und bei G2.1 59,93 EUR (statt 60,40 EUR). Die Berechnungen werden aktualisiert zur Bürgerschaftssitzung ausgereicht.

Die Verwaltung hält mit dieser Vorlage 120.700 EUR für umlagefähig. Zurzeit werden mit jetziger Vorlage nur ca. 50.000 EUR eingenommen.

Frau Hoffmann zieht einen Vergleich zu anderen Städten. Dieser wird in einer graphischen Darstellung dem Protokoll beigelegt.

Der Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenhaltungen

Zu TOP:
4.12. *Kreditaufnahme in Höhe von 3.883.100 EUR für den Vermögenshaushalt 2010*

Die Kreditaufnahme soll zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögenshaushalts 2010 dienen. Die Kredite werden zu möglichst günstigen Konditionen auf dem freien Kreditmarkt aufgenommen, verschiedene Angebote werden eingeholt, so Herr Wille.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
(Frau Socher und Herr Dr. Kühne sind nicht im Raum)

Zu TOP:
4.13. *Konzernstruktur der städtischen Beteiligungsgesellschaften*

Ziel dieser Beschlussvorlage, so Herr Dr. Kerath, soll in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführern der städtischen Beteiligungsgesellschaften die Schaffung eines sogenannten Stadtkonzerns sein, wo insbesondere Synergien, konzernmutterfähige Tätigkeitsfelder, einzubeziehende Beteiligungen, Strukturüberlegungen, steuerliche Auswirkungen und steuerlich optimierte Gestaltungen gebündelt werden.

Frau Teetz informiert, dass sich die Verwaltung bereits mit dem Projekt „Synergien im Stadtkonzern“ befasst. Sie stellt die Projektorganisation und die Vorgehensweise vor (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt). Vierteljährlich wird die Verwaltung über ihre Projekte berichten.

Herr Dr. Kerath wird den Beschlusstext dementsprechend anpassen.

Die Vorlage wird als eigenständiger Antrag weiterlaufen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP:
4.14. *Fortführung Klimaschutzbündnis*

Frau Socher bringt die Vorlage ein. Verschiedene Beschlüsse wurden zum Klimaschutzbündnis gefasst, die bereits umgesetzt sind. Jetzt sind weitere Bemühungen zur Einwerbung von zusätzlichen Finanzmitteln zur Fortführung des Klimaschutzbündnisses zu forcieren und zu unterstützen, um inhaltliche Schwerpunkte, wie Verkehr, Energieeffizienz und regionale Energieautarkie, zu gestalten. Um eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, wäre die Einsetzung eines Klimaschutzbeauftragten hilfreich. Im laufenden Haushaltsjahr werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel benötigt. Man will erst geeignete Fördermöglichkeiten finden, und dann sollen im Zusammenhang mit der kommenden Haushaltsdiskussion evt.

Komplimentärmittel beantragt werden.

Nach Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: *Informationsvorlage Umsetzung B 590-42/09 vom 25.05.2009 zur*
4.15. *Weiterentwicklung des Seehafens Ladebow*

Herr Hochheim erläutert ausführlich die Informationsvorlage. Verschiedene Rahmenbedingungen, die seinerzeit von der Bürgerschaft gesetzt worden sind, bedurften einer Klärung. Dies wurde getan. Im Ergebnis dessen, ist man zu der Erkenntnis gekommen, dass die Weiterentwicklung des Seehafens Ladebow aufgrund erheblicher Rückforderungsrisiken nicht umsetzbar ist. Förderungen für die beabsichtigten Nutzungserweiterungen sind nicht zu erwarten. Außerdem wollen bestehende Gewerbebetriebe ihren Standort weder aufgeben noch verlagern. Weiterhin kann der städtebauliche Wettbewerb aufgrund der ungeklärten Grundstücksfragen nicht realisiert werden.

Die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe hat folgende Verfahrensvorschläge:

1. Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses B 590-42/09
2. Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens bezgl. „Baukonzession kommunale Anschlussbahn“
3. Keine Weiterführung des B-Plan-Verfahrens für die Ansiedlung weiterer Gewerbegebiete, da die Ansiedlung nach § 34 BauGB erfolgen kann; Empfehlung der Fortführung eines B-Plan-Verfahrens, falls am Standort Ladebow weiterhin eine Marina geplant werden soll
4. Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses B 92-04/09 vom 14.12.2009 und Auflösung der verwaltungsinternen AG Seehafen Ladebow

Anhand einer Powerpoint-Präsentation werden von Frau Socher Argumente vorgetragen, die für und gegen den Industriehafen Ladebow sprechen.

In der anschließenden Diskussion wird nochmals deutlich gesagt, falls der ursprüngliche Bestimmungszweck der Fördermittel nicht umgesetzt wird, eine Rückforderung unvermeidbar ist. Es sollte nochmals eine rechtliche Prüfung erfolgen.

Weiterhin sollten lang- und kurzfristige Ziele gesetzt werden. Vielleicht wäre es auch möglich, rechts und links neben dem Hafen maritimes

Gewerbe anzusiedeln.

Auf Antrag wird die Diskussion beendet.

Zu TOP: 5. Information der Verwaltung

Zu TOP: 5.1. Prüfung des Bundesrechnungshofes zum Konjunkturpaket II

Herr Wille informiert, dass in der Zeit vom 6. Juli bis 8. Juli 2010 der Bundesrechnungshof Prüfungen zum Konjunkturpaket II durchführen wird. Geprüft werden die Einhaltung der Vorgaben des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG), Kostenschätzungen, Zeitplanungen und Verfahren, u. a. wird auch die Augenscheinnahme von Objekten erfolgen.

Zu TOP: 5.2. Umsetzung der Maßnahmen des HSK

Herr Wille berichtet über die Abrechnung des Haushaltssicherungskonzeptes 2009 für den Zeitraum 2010 – 2013 (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt)

Zu TOP: 5.3. Entwicklungen des Verwaltungshaushaltes

Seit dem 26.03.2010 hat der Oberbürgermeister aufgrund des Haushaltserlasses des Innenministeriums eine Sperre in Höhe von 1.122.300 EUR verhängt, um ein neues jahresbezogenes Defizit zu vermeiden.

Es zeichnen sich jetzt außerdem Abweichungen bei den Einnahmen ab:

252.000 EUR Landesmittel Hartz 4, Verrechnung 2009,
240.000 EUR – 599.000 EUR Elternbeiträge Kita,
200.000 EUR Benutzungsgebühren Abfall,
324.000 EUR Abfallentsorgung Grünschnitt,
100.000 EUR Bußgelder Gebühren Ordnungsamt,
100.000 EUR Friedhofsgebühren.

Des Weiteren gibt es Abweichungen bei den Ausgaben:

173.000 EUR Gewerbesteuerumlage,
100.000 EUR Abfall, Grünschnitt,
552.200 EUR Schuldendienst.

Im schlechtesten Fall würde trotz der Sperre des Oberbürgermeisters ein neuer Jahresfehlbetrag von 750.000 EUR entstehen. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachämtern versucht man, dem intensiv gegenzusteuern. Positiv sind die aktuellen Prognosen zu den Steuereinnahmen, zumindest was die Einkommenssteuer betrifft. Es werden dort überplanmäßige Einnahmen erwartet. Weiterhin steht die 2. Stufe des Ausgleichs nach dem Sozialhilfefinanzierungsgesetzes noch aus, wo erfahrungsgemäß auch noch Einnahmen verbucht werden könnten.

Sollte allerdings keine ausreichende Kompensation möglich sein, wird dem

Oberbürgermeister eine erweiterte Haushaltssperre vorgeschlagen werden müssen.

Zu TOP: 5.4. Entwicklungen des Vermögenshaushaltes

Hier ist es momentan noch schwer, eine Prognose abzugeben. Dieses Jahr wird es keine Sonderbedarfszuweisung für das Projekt Feuerwehr geben. Die Vorplanungen sind abgeschlossen mit Mitteln aus dem Haushalt 2010. Es wird noch nach Kompensationsmöglichkeiten gesucht, um dieses Jahr mit dem Bau beginnen zu können.

Derzeit sind keine gravierenden Abweichungen der Planung von der Haushaltsdurchführung erkennbar. Bis Ende 2010 soll der größte Teil des Konjunkturpaketes II abgeschlossen werden. Zum Projekt „Revitalisierung Herrenhufen“ gab es intensiven Kontakt mit dem LFI; es wurde eine 90 %ige Förderung beantragt. Ebenso ist der Zuwendungsbescheid für den ZOB gekommen (750.000 EUR), Baubeginn soll spätestens der 20. Juli 2010 sein.

Weitere Informationen der Verwaltung

Frau Dr. Rothe informiert über eine Beschlussvorlage, die in die Tagesordnung des Hauptausschusses aufgenommen wurde. Hier geht es um einen Prüfauftrag und Entscheidungsvorbereitung über notwendige Strukturmaßnahmen zur Zukunftssicherung der Theater Vorpommern GmbH. Es wird zu dieser Thematik eine gemeinsame öffentliche Sondersitzung der Ausschüsse Bildung/Kultur und Finanzen/Wirtschaft am 22. Juni 2010 durchgeführt.

Frau Teetz informiert ebenfalls über eine Beschlussvorlage, die in die Tagesordnung des Hauptausschusses aufgenommen wurde. Gegenstand ist hier die Zustimmung zur Beteiligung der Stadtwerke Greifswald GmbH an einer gemeinsam mit der Stadt Grimmen zu gründenden Gesellschaft – Grimmener Stadtwerke GmbH.

Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

Zu TOP: 7. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 8. Bestätigung des Protokolls vom 26.04.2010

Es gibt keine Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 10.05.2010

Es gibt keine Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 9. Schluss der Sitzung

Herr Prof. Dr. Matschke beendet die öffentliche Ausschusssitzung um 21:20 Uhr.

gez. Prof. Dr. Manfred Matschke
Ausschussvorsitzender

gez. Birgit Rosolski
für das Protokoll